

(AM)

Heute unter anderem zu folgenden Themen:

1. [IMK: Steigende Einkommensungleichheit destabilisiert Weltwirtschaft](#)
2. [Mit Gewalt rückwärts](#)
3. [Matschielanti? Links blinken, rechts abbiegen](#)
4. [Köder \(Althaus\)](#)
5. [Lübecker Nachrichten zum Althaus-Rücktritt](#)
6. [Jörges - die WebTV-Kolumne: Springt, Genossen!](#)
7. [Lafontaine: Linke holt bei Bundestagswahl 10 Prozent plus X](#)
8. [Facie prima - Heute: Der Dämonische, Oskar Lafontaine](#)
9. [Lebensversicherungen auf der Kippe](#)
10. [Rentenrendite: Immer im grünen Bereich](#)
11. [Post streicht 560 Stellen wegen Arcandor-Insolvenz](#)
12. [Unternehmen ist Datenschutz egal](#)
13. [PR-Arbeit von Unternehmen: "Täuschungen bringen nichts"](#)
14. [Der Patient ist eine Ware - und Politiker und Ärztefunktionäre vergießen Krokodilstränen](#)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **IMK: Steigende Einkommensungleichheit destabilisiert Weltwirtschaft**

Das IMK dokumentiert, wie sich in den vergangenen Jahrzehnten die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen sowie zwischen Arbeitseinkommen einerseits und Einkommen aus Gewinnen und Kapitalerträgen andererseits immer weiter geöffnet hat. Deutschland war traditionell egalitärer als viele andere Industrieländer, befindet sich aber heute, gemessen am Gini-Koeffizient, etwas über dem OECD-Durchschnitt, zeigt die IMK-Analyse. Seit dem Jahr 2000 haben "in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land", stellte die OECD jüngst fest. Auch gemessen an anderen Maßen wie der Lohnspreizung nahm die Ungleichheit in Deutschland sehr stark zu.

Quelle 1: [Böckler Impuls Ausgabe 13/2009 \[PDF - 164 KB\]](#)

Quelle 2: [Böckler IMK Report Nr. 41 September 2009 \[PDF - 300 KB\]](#)

Kommentar AM: *Ich weise auf diese interessante Studie hin, auch wenn ich den Zusammenhang zwischen schlimmer Einkommensverteilung und Finanzkrise so stringent nicht sehe. Aber ich möchte den Disput vom Jahreswechsel nicht neu beleben.*

2. Mit Gewalt rückwärts

LATEINAMERIKA Condoleezza Rice prophezeite, Obamas Außenpolitik werde kaum von jener Bushs in den letzten Jahren abweichen. Wie recht sie hat.

(...)

Der Honeymoon zwischen Barack Obama und den rosaroten Regierungen Lateinamerikas ist noch schneller zu Ende gegangen als erwartet. Im April hatte Obama seinen KollegInnen noch Beziehungen auf Augenhöhe versprochen. Mit dem nun beschlossenen Abkommen über den Zugang von US-Militär zu sieben Basen in Kolumbien hat er nicht nur erklärte Sozialisten wie den Venezolaner Hugo Chávez oder Evo Morales aus Bolivien vor den Kopf gestoßen, sondern selbst jene gemäßigten Linken, die er eigentlich als Bündnispartner gewinnen wollte - vor allem Brasiliens Staatschef Luiz Inácio Lula da Silva.

Quelle: [TAZ](#)

3. Matschielanti? Links blinken, rechts abbiegen

Wofür macht die SPD sich eigentlich die Mühe, ein Wahlprogramm zu entwerfen, wenn sie dessen Inhalte nach den Wahlen immer wieder zugunsten der Option opfert, Juniorpartner in einer schwarz-roten Koalition zu werden? Im thüringischen Wahlkampf blinkte die SPD links - Spitzenkandidat Christoph Matschie forderte nicht weniger als einen Systemwechsel für sein Land. Da die dauerschwächelnde SPD aber bestenfalls als Juniorpartner in einer Koalition mit der Union oder der Linken auf der Regierungsbank Platz nehmen kann, muss sie erwägen, unter welchem Partner sie möglichst viele ihrer Ziele durchsetzen kann. Der Wähler hat sein Kreuz bei der SPD schließlich nicht wegen Matschies schöner blauer Augen, sondern wegen der inhaltlichen Wahlversprechen gemacht.

Quelle: [Telepolis](#)

4. Köder

Das war ein echter Althaus. Ohne sich mit jemandem in seiner Partei abzusprechen, schmiss er die Sache hin. Diese Art von Entscheidungen waren von Anfang an sein Problem. So machte er auch lange Zeit Politik, mit der Folge, dass Beschlüsse immer wieder kassiert werden mussten. Das Land kostete diese Sprunghaftigkeit Millionen. Dennoch, dass Dieter Althaus gestern die Konsequenzen aus einer bitteren Wahlniederlage zog, war richtig. So konnte er noch bis zu diesem Punkt Herr des Verfahrens bleiben. Respekt.

Quelle: [Thüringer Allgemeine](#)

5. Lübecker Nachrichten zum Althaus-Rücktritt

Bei seiner Flucht aus der politischen Verantwortung hat Althaus nicht nur sich selbst, sondern auch seiner Landespartei, ja sogar der Kanzlerin geschadet. Noch am Tag zuvor hatte Angela Merkel dem fast schon autistisch agierenden Ministerpräsidenten noch einmal demonstrativ den Rücken gestärkt. Gestern Morgen erhielt sie eine Drei-Zeilen-Rücktrittserklärung ihres eifrigsten Unterstützers. Althaus' überstürzter Rückzug beschwert auch die Kanzlerin drei Wochen vor einer Bundestagswahl, bei der längst noch keine Vorentscheidung zugunsten von Schwarz-Gelb gefallen ist. Angela Merkel ist zu Recht nervös, denn solche Ereignisse können auch für die Union insgesamt eine Spirale nach unten in Gang setzen.

Quelle: [TLZ](#)

***Anmerkung:** Solche Kommentare sind selten. In den meisten Kommentaren wird die menschliche und politische Tragödie hervorgehoben; Althaus wird als Ehrenmann dargestellt, der mit seinem Rücktritt die Partei und das Land rettet*

6. Jörges - die WebTV-Kolumne: Springt, Genossen!

Das Saarland könnte ein Signal liefern: ein rot-rot-grünes Bündnis, ermöglicht durch Oskar Lafontaine. Tut es, meint Hans-Ulrich Jörges: Deutschland braucht eine linke Alternative.

Quelle: [Stern](#)

7. Lafontaine Interview: Linke holt bei Bundestagswahl 10 Prozent plus X

Direkt aus dem Saarland kommend empfängt Oskar Lafontaine unsere Berliner Korrespondenten Stefan Vetter und Hagen Strauss in seinem Abgeordnetenbüro des Bundestages. Der Vorsitzende der Linkspartei ist seit dem letzten Wahlsonntag ein gefragter Gesprächspartner, was ihn sichtlich mit Genugtuung erfüllt.

Quelle: [Saarbrücker Zeitung](#)

8. Facie prima

Heute: Der Dämonische, Oskar Lafontaine

Quelle: [ad-sinistram](#)

9. **Lebensversicherungen auf der Kippe**

Niedrige Verzinsung, kaum Reserven, versteckte Risiken, Kundenflucht – Lebensversicherungen stehen unter Druck wie noch nie. Wird der Altersvorsorge-Klassiker zum Auslaufmodell?

Quelle: [Wirtschaftswoche](#)

Dagegen:

10. **Rentenrendite: Immer im grünen Bereich**

Die "Fünf Wirtschaftsweisen", die Stiftung Warentest und die Deutsche Rentenversicherung haben unabhängig voneinander gerechnet und sind zu dem gleichen Ergebnis gekommen: Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung können auch in Jahrzehnten noch mit einer deutlich positiven Rentenrendite rechnen. Nach aktuellen Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung beträgt die Rendite für ledige Männer, die im vergangenen Jahr in den Ruhestand getreten sind, etwa 3,5 Prozent. Für Neurentnerinnen und verheiratete Männer liegt sie bei etwa 4,1 Prozent. Doch auch jüngere Beitragszahler müssen sich um den Ertrag ihrer Einzahlungen keine Sorgen machen. Ledige Männer, die 2020 in Rente gehen, können eine Rendite von etwa 2,8 Prozent erwarten, Frauen und verheiratete Männer 3,3 Prozent. Selbst Versicherte, die heute noch keine 40 Jahre alt sind, machen ein rentables Geschäft: Auch ihre Rentenrendite bleibt in dieser Größenordnung.

Ebenfalls günstig auf die Rentenrendite wirken sich die niedrigen Verwaltungskosten in der gesetzlichen Rentenversicherung aus. Die Deutsche Rentenversicherung gibt nur etwa 1,5 Prozent ihrer Beitragseinnahmen für die Verwaltung aus – erheblich weniger als private Versicherungsunternehmen. "Der Vorteil der Rentenversicherung ist: Da hält keiner zwischendrin die Hand auf und verdient mit", stellten auch die Fernsehjournalisten Dietrich Krauß und Ingo Blank bei ihren Recherchen für einen Film über die Folgen der jüngsten Rentenreformen fest.

Quelle: [Ihre Vorsorge](#)

11. **Post streicht 560 Stellen wegen Arcandor-Insolvenz**

Die Deutsche Post DHL streicht wegen der Insolvenz des Handelsunternehmens Arcandor insgesamt 560 Stellen. Betroffen seien 240 DHL-Stellen bei der Karstadt-Logistik in Unna und Holzwickede und weitere 320 DHL-Arbeitsplätze für Quelle, sagte ein Sprecher der Post am Freitag. Derzeit sei nicht davon auszugehen, dass es

zu einem weiteren Stellenabbau komme. Ob die Maßnahme für die Sanierungspläne ausreiche, hänge letztlich von der Zukunft bei Karstadt und Quelle ab. Mit DHL ist die Post bisher größter Logistikpartner von Arcandor und wickelt einen Großteil der Lagerhaltung und des Warentransports für Karstadt und Quelle ab. Rund 3000 DHL-Beschäftigte arbeiten in der Logistik direkt für Arcandor. Weitere rund 1000 Post-Mitarbeiter aus dem Brief- und Paketbereich erledigen Aufträge etwa beim Versand von Katalogen und Paketen von Quelle.

Quelle: [Arbeitsrecht-Newsticker](#)

12. **Unternehmen ist Datenschutz egal**

Vielen Firmen im Web scheren sich nicht um die Datenschutzgesetze, zeigt eine neue Studie. Kein Wunder, denn die zuständigen Behörden sind mit der Kontrolle überfordert.

Quelle: [TAZ](#)

13. **PR-Arbeit von Unternehmen: "Täuschungen bringen nichts"**

Medienhäuser sparen, Journalisten bleibt weniger Zeit für Recherche: Hilft das den PR-Profis der Konzerne? Ein Interview mit dem Vorsitzenden des PR-Wächterrats, Richard Gaul

Quelle: [Zeit](#)

14. **Der Patient ist eine Ware - und Politiker und Ärztefunktionäre vergießen Krokodilstränen**

Bundesweit ist das Entsetzen darüber groß, dass Ärzte Kopfgelder für die Einweisung ihrer Patienten in bestimmte Kliniken von diesen Klinikträgern erhalten haben. Von Ministerin Schmidt bis zum Kammerpräsidenten Hoppe sind alle erschüttert über das unethische Verhalten dieser Ärzte. Dabei sind die jetzt bekannt gewordenen Fälle nur das Symptom einer schon lange bestehenden Entwicklung: Seit Jahren wird das Gesundheitswesen kommerzialisiert, Krankheit ist immer mehr zur Ware geworden und der Arzt deren Verkäufer. In der irrigen Vorstellung, Konkurrenz könne die Kosten des Gesundheitswesens senken und zugleich die Qualität der Versorgung steigern, wurden die Krankenkassen zu konkurrierenden Dienstleistungsunternehmen, die Krankenhäuser zu Anbietern von Gesundheitsleistungen und die Ärzte zu Verkäufern möglichst lukrativer medizinischer Leistungen. So ist es von der Politik gewollt. Wenn Gesundheit oder Krankheit zum Objekt von Profitinteressen werden, warum soll der Vermittler nicht auch profitieren? So mag die zynische Entschuldigung der Beteiligten klingen. Doch untergräbt die Annahme von Bestechungsgeldern und anderer geldwerter Vorteile massiv das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis - und ist verwerflich. Wenn die Ministerin Schmidt und ihr Gesundheitsberater Lauterbach jetzt ihre Empörung öffentlich lautstark formulieren, so ist das verlogen, denn schließlich sind sie für diese Entwicklungen mitverantwortlich. Gesundheit soll eine Ware sein

und da ist die Verwertung des Patienten als gewinnbringendes Objekt nur konsequent. Krankenhäuser werden zu ruinösem Wettbewerb gezwungen, bei dem nicht die überleben sollen, die die beste Medizin für ihre Patienten bieten, sondern die die lukrativsten Patienten akquirieren und somit am besten wirtschaften können – und sei es durch Bestechung, um an diese Patienten zu kommen. Wir haben ein wirtschaftliches Umfeld, in dem ein Manager, der seinen Konzern mit 11 Milliarden € Schulden hinterlässt, noch 50 Millionen € Abfindung kassiert, ein anderer seinen Betrieb in die Insolvenz führt und dafür noch 15 Millionen € erhält. So funktioniert das System und wenn es – übrigens auch von vielen Ärzten – so gewollt wird, dass Ärzte den Managern gleichen, darf man sich nicht wundern über das, was nun öffentlich wird.

Quelle: [Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte e.V.](#)